

Press release

Kiel, 15.08.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Lars Harms: Bundesregierung würgt Konjunktur in Schleswig-Holstein ab

- Regionalprogramm 2000 und Küstenschutz in Gefahr -

Der nordfriesische SSW-Abgeordnete, Lars Harms, kritisiert, dass die Bundesregierung per Kabinettsentscheid am 13.8.2003 beschlossen hat, die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ab 2004 nur noch für die neuen Bundesländer zu fördern:

"Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe sind ein wesentlicher Bestandteil sowohl für das "Regionalprogramm 2000" als auch für die Finanzierung des Küstenschutzes in Schleswig-Holstein. Ohne diese Bundesmittel werden nicht nur laufende Projekte gefährdet, sondern es sind auch negative Folgen für die Entwicklung in den strukturschwachen Räumen und für die gesamte Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein zu erwarten. So würgt die Bundesregierung die Konjunktur in Schleswig-Holstein ab. Alle vernünftigen Kräfte müssen darauf drängen, dass die Bundesregierung diese Entscheidung wieder rückgängig macht. Deshalb haben wir diesbezüglich einen Antrag für die nächste Landtagssitzung gestellt."

Im SSW-Antrag (Siehe Anlage) wird die Landesregierung aufgefordert wird sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Förderinstrument



Gemeinschaftsaufgabe auch in den alten Bundesländer fortgeführt wird oder zumindest, dass bei einem Wegfall ein entsprechender Ausgleich an Bundesmitteln für die Länder zur Verfügung gestellt wird.

Der SSW-Antrag:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Förderinstrument Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in den alten Bundesländern auch nach 2003 fortgeführt bzw. dass bei einem Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe ein entsprechender Ausgleich an Bundesmitteln für die Länder zur Verfügung gestellt wird.

Begründung:

In seiner Pressemitteilung zum Entwurf des Bundeshaushalts 2004 hat der Bundesfinanzminister am 2.7.2003 mitgeteilt, dass die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in den alten Bundesländern nach 2003 auslaufen soll. Mit diesem Beschluss entfällt für Schleswig-Holstein ein wesentlicher Finanzierungsbestandteil des "Regionalprogramm 2000". Diese Entscheidung gefährdet somit nicht nur die laufenden Projekte, sondern sie hätte für die gesamte Entwicklung der strukturschwachen Räume und für die gesamte Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein schwerwiegende negative Folgen .

